

## S a t z u n g

zum Bebauungsplan Nr. 26 "Zwischen Richard- und  
Landsbergstraße - westl. Teil -" vom 9.5.1970  
der Stadt Papenburg, Kreis Aschendorf-Hümmling

Auf Grund des § 6 der Nieders. Gemeindeordnung vom 4.3.1955  
(Nds. GVBl. S. 126) in der z. Zt. gültigen Fassung, in Verbindung mit  
den §§ 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. S. 341)  
sowie der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke  
(Baunutzungsverordnung) vom 26.11.1968 hat der Rat der Stadt Papen-  
burg am 8.7.1971 folgende Satzung beschlossen:

### § 1

Für die Bebauung des in Flur 3 der Gemarkung Papenburg gelegenen  
Baugebietes ist der Bebauungsplan vom 9.5.1970 mit Anlagen ver-  
bindlich.

Bebauungsplan und Anlagen können in der Stadtverwaltung während  
der Dienststunden eingesehen werden.

### § 2

(Nutzungsfestsetzung gemäß § 9 BBauG  
und Baunutzungsverordnung vom 26.11.68)

Die Art und das Maß der baulichen Nutzung sind im einzelnen im  
Plan und in den Erläuterungen des Planes festgesetzt.

### § 3

(Höhenlage baulicher Anlagen)

Die Oberkante des Fußbodens im Erdgeschoß der Gebäude darf, gemessen  
in der Mitte der Baukörper, nicht mehr als 50 cm über fertiger Höhe  
des Baugrundstückes liegen.

### § 4

(Geländehöhe)

Die Höhenlage der Baugrundstücke darf nur in unmittelbarer Haus-  
nähe geändert werden. Grundsätzlich sind die Grundstücke in der  
natürlichen Höhenlage zu belassen, wobei sie sich den vorhan-  
denen bzw. geplanten Straßenhöhen sinnvoll anzupassen, haben.

§ 5

(Nebengebäude)

Nebengebäude nach § 14 BauNVO und Garagen sind grundsätzlich innerhalb der festgesetzten überbaubaren Bereich zu errichten.

Im Bauwich innerhalb des überbaubaren Bereiches sind Garagen auch auf der Grundstücksgrenze zulässig.

§ 6

(Baugestaltung)

Gemäß § 9 Abs. 4 BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß für die Gestaltung der in dem o.a. Bebauungsplan vorgesehenen Baukörper sowie für die Grundstückseinfriedigungen, die von der Stadt Papenburg auf Grund der Verordnung über die Baugestaltung vom 10.11.1936 (RGBl. I S. 938) erlassene Satzung vom 3.7.71 zu beachten ist.

§ 7

(Ausnahmen und Befreiungen)

- a) Von folgenden Festsetzungen des Bebauungsplanes kann gemäß § 31 (1) BBauG in begründeten Fällen die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt Papenburg Ausnahmen zulassen, sofern hierdurch die Grundzüge der Planung nicht beeinträchtigt werden.
1. Höhenlage der baulichen Anlagen (um 20 cm)
  2. Zahl der Vollgeschosse
    - Abweichung um ein Geschoß nach oben -
  3. Überbaubare Grundstücksfläche
    - Erweiterung bis zu 2m (durch Verschiebung einer Baugrenze)-
  4. Stellung der baulichen Anlagen
- b) Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.
- c) Wenn die Durchführung der Bestimmungen dieser Satzung im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung von den Vorschriften mit den Zielen dieser Satzung nicht unvereinbar ist, kann eine Befreiung zugelassen werden. Hierüber entscheidet das Bauordnungsamt im Einvernehmen mit dem Bauplanungsamt.

§ 8

Die Satzung zum Bebauungsplan Nr. 14 "Zwischen Richard- und Landsbergstraße - östlicher Teil " vom 30.5.1968 verliert mit Inkrafttreten dieser Satzung ihre Gültigkeit.

§ 9

(Zwangsmittel)

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) der Nds. Gemeindeordnung vom 4.3.1955 in der z.Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Nieders. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 21.3.1951 (NGVB1. S. 79) ein Zwangsgeld bis zu 150,-- DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 10

(Inkrafttreten)

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Papenburg, den 10.1.72

Der Bürgermeister



Der Stadtdirektor



**Genehmigt**  
**Der Regierungspräsident**  
Osnabrück, den 27. JUNI 1972

